

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
196 · Ausgabe CH · September 2021
AZB 3001 Bern



Ja zur 99%-Initiative Ja zur Ehe für alle

AFGHANISTAN GEHT UNS ALLE AN

Zehntausende unterschrieben unseren Appell, rasch 10 000 Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Doch die offizielle Schweiz schaut tatenlos zu. Seite 13

#SP IM AUFBRUCH AM PARTEITAG

Wer hat in der SP Schweiz das Sagen? Die neuen Strukturen kurz erklärt – ab Seite 14.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisant:innen
und alle dazwischen und darüber hinaus



Am Parteitag wird Wichtiges verhandelt. Wir haben am vergangenen Wochenende einer neuen Struktur zugestimmt, die die Partei in die basisnahe Zukunft katapultiert (Seite 14). Das Co-Parteipräsidium hielt eine fulminante Grundsatzrede zur Partei der Freiheit (uns!), einsehbar auf unserer Website (sp-ps.ch). Wir haben Parolen gefasst (Ja und Nein). Und wir haben süsse Ostschweizer Äpfel und Birnen gegessen, die auf den Tischen zum Verzehr auslagen.

Sie stammten vom St.Galler Genossen Sonderegger, der es sich trotz Rollator nicht nehmen liess, persönlich in der Olmahalle in St.Gallen vorbeizuschauen. Und der mir von seiner zahmen Krähe Loco erzählte, die er verlassen vorgefunden und von Hand aufgezogen hatte. Die mit seinem Hund spielt und in jungen Jahren freiwillig im Käfig im Auto Platz nahm, wenn sie eine Ausfahrt machten. Und die sich – ganz loco – nach der Handaufzucht für ein Leben im Wald entschied.

Das ist nicht die Freiheit, die Mattea und Cédric meinten. Sie sprachen von der Freiheit, ohne Existenzängste von der AHV leben zu können, eine Wohnung zu mieten ohne Angst vor Kündigung, und von der Freiheit, dass unsere Kinder in einer intakten Welt aufwachsen.

Doch so ganz anders ist diese Freiheit auch wieder nicht. Gerne hätte ich mit Genosse Sonderegger noch ein bisschen länger über seine Krähe und ihren Sinn für Freiheit, über Konrad Lorenz (den er übrigens persönlich kannte) und anderes gesprochen.

Und genau dafür sind Parteitage auch gut, neben weitreichenden Entscheidungen und Grundsatzreden. Darum: Kommt zahlreich am 5. Februar 2022 zum nächsten Parteitag nach Genf. Gesprächsstoff wird sich mit so vielen interessanten Menschen vor Ort problemlos finden.

Es grüsst euch solidarisch

eure
Pia Wildberger

INHALT

- 4 Ja zur 99%-Initiative**
Was in den Augen von Co-Präsidentin Mattea Meyer und Unternehmer Daniel Sägesser für die Initiative spricht
- 6 Ja zur Ehe für alle**
Auf dass die systematische Diskriminierung von Schwulen und Lesben endlich ein Ende hat
- 8 Auf zur Demo gegen den Rentenabbau**
Demonstriert zahlreich gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters am 18. September 2021 in Bern – wir laufen gemeinsam
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Afghanistan geht uns alle an**
Doch die offizielle Schweiz schaut tatenlos zu
- 14 #SPimAufbruch**
Die neuen Strukturen sind beschlossene Sache
- 16 Kochen fürs Klima**
Mit Rebecca in den Resten-Himmel
- 17 Zum Tod von Carl Miville**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Jörg Pfistner**
- 19 Herbsttagung der SP 60+**



Ein amerikanischer Kampffjet? Ohne uns!

Die Delegierten stimmten am Parteitag vom letzten Samstag der Lancierung einer Initiative gegen die Beschaffung amerikanischer Kampffjets zu. Bereits am Dienstag startete die SP zusammen mit der GSoA und den Grünen die Unterschriftensammlung.

Im Abstimmungskampf zu den Luxuskampffjets vor einem Jahr standen die luftpolizeilichen Aufgaben der Flieger sowie der Schutz des Schweizer Luftraums im Vordergrund. Bundesrat und Befürworter machten geltend, sie wollten unsere Unabhängigkeit schützen. Und nun schlägt der Bundesrat ausgerechnet die Beschaffung des amerikanischen F-35 vor. «Für die genannten Aufgaben ist

dieser Tarnkappenbomber völlig ungeeignet», sagt Priska Seiler-Graf, Nationalrätin aus Zürich. Mit dem F-35 würden vor allem Angriffe geflogen.

Der Bundesrat begründet die Wahl des Kampffjets mit den angeblich tiefen Kosten. Doch in allen Ländern, die den F-35 beschaffen, explodierten die Kosten für Betrieb und Unterhalt. «Die Behauptung des Bundesrats ist unglaubwürdig», stellt Priska Seiler-Graf klar. Zudem macht die Beschaffung amerikanischer Kampffjets die Schweiz «in unerträglichem Mass» von den USA abhängig, gerade was Ausbildung, Ersatzteile, Updates, Unterhalt und Datenschutz betrifft.



STOPP F-35

Bitte unterschreibe darum hier:

→ f-35.spschweiz.ch

Neuer Newsletter zum digitalen Kapitalismus

Die erste Ausgabe des neuen Newsletters der AG Wirtschaftsdemokratie beschäftigt sich mit einem brisanten Thema: dem digitalen Kapitalismus der Gegenwart. Digitale Plattformen wie Amazon, Google oder Facebook dringen in immer weitere Bereiche unseres alltäglichen Lebens vor. Gleichzeitig ist die Idee des öffentlichen Guts der digitalen Welt weitgehend fremd. Was zeichnet den digitalen Kapitalismus der Gegenwart aus? Mit welchen unternehmerischen Machtformen haben wir es zu tun? Welche politischen Regulierungsversuche gibt es? Was für mögliche Alternativen eröffnen sich für die Sozialdemokratie?

Für alle, die sich mit diesem spannenden und wichtigen Thema auseinandersetzen und sich für den Newsletter anmelden möchten:

→ wirtschaftsdemokratie.ch



Deine Stimme bei der Bundestagswahl 2021



Die Bundestagswahlen von Ende September versprechen einiges an Spannung. Vorne liegt derzeit Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD, der Schwesterpartei der SP Schweiz. Deutsche Staatsangehörige, die immer noch in Deutschland gemeldet sind, können sich noch bis kommenden Montag bei ihrer Gemeinde für die Briefwahl anmelden. Viele Gemeinden ermöglichen den Briefwahlantrag online und akzeptieren eine Schweizer Adresse. Die Briefwahlunterlagen müssen dann bis zum 26. September bei der deutschen Stadt oder Gemeinde eingegangen sein. Um sicherzugehen, rechne mit Tempo «Schneckenpost». Auf zur Wahl!

Dringender Aufruf

Für das laufende Referendum zur Stempelsteuer fehlen uns noch 15 000 Unterschriften. Unterzeichne darum noch heute das Referendum und bitte auch die Nachbarin um ihre Unterschrift – und sende den Bogen unbedingt sofort ein. Die Sammelfrist läuft Anfang Oktober aus. Merci!

→ stempelsteuer-bschiss.ch

Stempelsteuer- Bschiss

Grosskonzerne
profitieren,
wir alle zahlen.

Nicht schon wieder!

Jetzt Referendum
unterschreiben

Nein

99%
INITIATIVE



GELD ARBEITET NICHT – DU SCHON!

WWW.99PROZENT.CH

Kapital belasten, Löhne und Renten entlasten

DIE REICHEN WERDEN IMMER REICHER. DAS REICHSTE PROZENT DER BEVÖLKERUNG BESITZT ÜBER 40 % DES VERMÖGENS IN DER SCHWEIZ – TENDENZ STEIGEND. GEWINNE AUS AKTIEN ODER DIVIDENDENEINKÜNFTE WERDEN HEUTE TIEFER BESTEUERT ALS EINKOMMEN AUS ARBEIT ODER RENTE. DAS IST UNGERECHT UND MUSS SICH ÄNDERN.

Wer heute zum exklusiven Club der Superreichen gehört, wird jedes Jahr noch reicher, und zwar aus Kapitaleinkommen. Deshalb besitzt das reichste Prozent in der Schweiz heute fast die Hälfte des Gesamtvermögens. Und die Superreichen wurden in den letzten zwanzig Jahren steuerlich immer mehr entlastet. Kapitalgewinne sind steuerfrei, Dividenden werden nur noch teilbesteuert. Die Steuerausfälle, die so entstehen, bezahlen wir alle mit höheren Steuern oder Gebühren. Mehrwertsteuer, Kinderbetreuungstarife und höhere Lohnnebenkosten sind Beispiele dafür.



Mattea Meyer, Nationalrätin und Co-Präsidentin der SP Schweiz

Soziale Ungleichheit bremsen

Die 99%-Initiative setzt bei dieser Ungerechtigkeit an: Neu sollen Kapitaleinkommen ab einer Schwelle von 100 000 Franken anderthalb Mal so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Mit den Einnahmen könnten Steuern auf tiefe und mittlere Löhne und Renten gesenkt sowie Krankenkassenprämien oder Kinderkrippen-Beiträge reduziert werden. So können die Menschen entlastet werden, die von Arbeit oder Rente leben.

Die Superreichen beeinflussen die Politik mit Lobbying und aufwändigen Kampagnen. Das schwächt unsere Demokratie. Mit der 99%-Initiative können wir hier Gegensteuer geben. Die 99%-Initiative schafft mehr Gerechtigkeit zwischen den Normalverdienenden und den Reichsten. Darum gehört ein überzeugtes JA zur 99%-Initiative in die Urne.

DARUM GEHT ES

- Menschen, die für ihr Geld arbeiten, werden heute schlechter gestellt als Menschen, die von Kapitaleinkommen leben. Lohneinkommen wird höher besteuert als Einkünfte aus Dividenden.
- Kapitalgewinne über 100 000 Franken jährlich sollen deshalb mit dem Anderthalbfachen des Einkommenssteuersatzes belastet werden. Dies betrifft nur das reichste Prozent der Bevölkerung.
- Die 99 % der Bevölkerung, deren Einkommen aus Arbeit oder Rente normal besteuert wird, können dank den Zusatzeinnahmen entlastet werden.

«Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde profitieren»



Unternehmer Daniel Säggerer* setzt sich für die 99%-Initiative ein, denn auch für die Wirtschaft ist nur gut, was ökologisch und sozial nachhaltig ist.

Die Initiative gefährdet KMUs, weil die Eigentümer weniger ins Unternehmen und in die Mitarbeitenden investieren können, sagen die Gegner. Was sagen Sie als Unternehmer dazu?

Die 99%-Initiative erhöht nur die Steuer auf sehr hohen Kapitaleinkommen. Wer sich zusätzlich zum normalen Lohn ein so hohes Kapitaleinkommen auszahlen kann, ist nicht darauf angewiesen, weniger zu investieren, um mit dem Geld private Steuerrechnungen zu bezahlen.

Mit Annahme der Initiative würden Arbeitsplätze verloren gehen.

Das glaube ich nicht. Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde von der 99%-Initiative sogar profitieren. Mit den Mehreinnahmen sollen tiefe und mittlere Lohneinkommen steuerlich entlastet werden. Dies stärkt deren Kaufkraft, was sich positiv auf den Schweizer Wirtschafts- und Investitionsstandort auswirkt. Auch sollen mit den zusätzlichen Steuereinnahmen zum Beispiel Kinderkrippen finanziert werden. Frauen können so mehr arbeiten – das wäre eine echte Hilfe gegen den Fachkräftemangel! Denn dieser verhindert heute Investitionen.

Die Übergabe von Unternehmen an Nachfolger:innen wird durch die 99%-Initiative erschwert. Stimmt das?

Davon ist nicht auszugehen. Der sehr offen formulierte Initiativtext lässt pragmatische Lösungen für solche durchaus sensiblen Situationen explizit zu. Ich bin auch der Meinung, dass bei der Umsetzung der Initiative dieser Thematik Rechnung getragen werden soll. Auch die Initiant:innen wollen das. Es besteht also weder auf linker noch auf bürgerlicher Seite ein Interesse an einer Umsetzung, die KMU oder Startups schädigt.

Worin sehen Sie den grössten Gewinn, wenn die Initiative angenommen würde?

Ich bin überzeugt, dass für die ganze Gesellschaft und somit auch für die Wirtschaft nur gut ist, was nachhaltig ist. Neben der ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit gibt es auch noch die soziale Nachhaltigkeit. Und es ist nicht sozial nachhaltig, wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Mit der 99%-Initiative können wir in Sachen sozialer Nachhaltigkeit wieder etwas zurückgewinnen, was wir in den vergangenen Jahren verloren haben.

*Daniel Säggerer, 33, hat gemeinsam mit Partnern mehrere Firmen im Cleantech-Bereich gegründet, aufgebaut und am Markt etabliert, darunter Megasol, den grössten Schweizer Solarpanel-Hersteller. Die Firmengruppe beschäftigt weltweit 220 Mitarbeitende, davon über 100 am Hauptsitz in Deitingen SO. Säggerer ist SP-Grossrat in Basel-Stadt.

Die Argumente der Gegner:innen im Faktencheck

«Die Initiative gefährdet in Familienunternehmen Nachfolgeregelungen, weil neue Eigentümer:innen oft grosse Summen aus dem Unternehmen abziehen müssen, um Erben auszuzahlen.»

Der Verkauf von Unternehmen wird durch die 99%-Initiative nicht erschwert. Die Gegner behaupten, Eigentümer:innen würden den Verkaufspreis ihres Unternehmens wegen der drohenden Steuerlast erhöhen, was Nachfolgelösungen erschwere. Dies ist reine Spekulation. Expert:innen von Schweizer Banken orten die grössten Schwierigkeiten bei Unternehmensübergaben in einer zu späten Planung oder im emotionalen Bereich. Die meisten Länder kennen eine Kapitalgewinnsteuer, ohne dass dies Unternehmensübergaben erschweren würde.

«Unternehmensgründer:innen verzichten anfangs auf anständigen Lohn. Mit der Initiative wird ihnen später die Belohnung in Form von Dividenden genommen.»

Gemäss Firmenchefs sind die mit Abstand wichtigsten Standortfaktoren die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sowie gute überregionale Verkehrsverbindungen (Avenir Suisse). Für diese Standortfaktoren ist eine Stärkung des Service Public zentral. Die 99%-Initiative ermöglicht einen solchen Ausbau durch zusätzliche Steuereinnahmen.

«Nur 100 000 Franken Freibetrag – das betrifft doch viel mehr als nur 1 Prozent!»

Um ein Kapitaleinkommen von 100 000 Franken zu erzielen, sind bei einer durchschnittlichen Rendite von 3 Prozent mehr als 3 Millionen angelegtes Kapital notwendig.

Etwa 1,4 Prozent der Bevölkerung besitzt so viel Geld. Daher ist davon auszugehen, dass nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung von der Initiative betroffen ist.

«Ungleichheit ist in der Schweiz kein Problem.»

Während die Einkommens-Ungleichheit in der Schweiz tatsächlich geringer ist als in vielen Ländern, ist die Vermögensverteilung sehr ungleich. Das reichste Prozent besitzt über 42 Prozent der Gesamtvermögen, Tendenz steigend. Am meisten profitierten die 300 Reichsten: Sie konnten ihre Vermögen seit 2003 auf 707 Milliarden Franken verdoppeln. Gleichzeitig stagnieren die Löhne, Krankenkassenprämien und Mieten steigen. Acht Prozent der Bevölkerung verdient zu wenig zum Leben.

Ja zur Ehe für

DIE DISKRIMINIERUNG VON HOMOSEXUELLEN PAAREN MUSS ENDLICH EIN ENDE HABEN. AUCH GLEICHGESCHLECHTLICHE PAARE SOLLEN SICH KÜNFTIG DAS JA WORT GEBEN DÜRFEN UND RECHTLICH DEN HETEROSEXUELLEN PAAREN GLEICHGESTELLT SEIN.

Der Wortlaut von Artikel 14 der Bundesverfassung ist klar und gilt bereits heute für alle: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit zwei Personen die Ehe eingehen können, regelt jedoch das Zivilrecht. Dieses beschränkt die Ehe auf heterosexuelle Paare. Mit der Vorlage «Ehe für alle» soll dies geändert und die Ehe damit auch für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden.



Daniel Jositsch,
Rechtsprofessor
und Ständerat ZH

Rechtlich betrachtet ist die Ehe eine einvernehmliche Verbindung zweier Menschen, die mit gegenseitigen Rechten und Pflichten einhergeht. Im täglichen Leben wirken sich diese Rechte und Pflichten in den verschiedensten Bereichen aus, beispielsweise im Erbrecht oder beim Recht auf Adoption. Im früheren klassischen Verfassungsverständnis war die Ehe jedoch auf heterosexuelle Paare beschränkt. Das hat sich verändert.

Mit Blick auf das Diskriminierungsverbot stellt sich heute die Frage, ob die Unterscheidung zwischen heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Paaren haltbar ist. Das Diskriminierungsverbot verbietet die unterschiedliche Behandlung verschiedener Personen nicht. Die Unterscheidung muss sich jedoch sachlich rechtfertigen lassen. Ist die Unterscheidung zwischen gleichgeschlechtlichen und heterosexuellen Paaren bei der Eheschliessung begründet? Ein sachlicher Grund ist nicht erkennbar.

Auch inhaltlich ergibt der fehlende Zugang gleichgeschlechtli-



alle

cher Partner:innen zur Ehe keinen Sinn. Immer wieder wird von den Gegnerinnen und Gegnern ins Feld geführt, die auf jahrhundertelanger Tradition beruhende Ehe leide, wenn sich auch gleichgeschlechtliche Paare das Jawort geben können. Dieses Argument ist unhaltbar: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nimmt niemandem etwas weg. Wer in einer heterosexuellen Beziehung die Ehe eingehen möchte, kann dies weiterhin tun.

Traditionelle Diskriminierung ade

Es ist zynisch, eine Diskriminierung mit der Begründung aufrechtzu-

erhalten, dass sie schon seit Jahrhunderten bestehe. Es dauerte sehr lange, bis sich die Gesellschaft in Fragen der sexuellen Orientierung öffnete, unzählige Menschen wurden deshalb lange Zeit benachteiligt. Doch eine «traditionelle» Diskriminierung rechtfertigt keine weitere Benachteiligung, im Gegenteil! Eine sofortige und vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist darum unabdingbar.

DARUM GEHT ES

- Lesbische und schwule Paare sollen heiraten können und damit heterosexuellen Ehepaaren gleichgestellt werden.
- Die Ehe für alle ist ein historischer Schritt für die Gleichstellung. Die eingetragene Partnerschaft ist der Ehe nicht ebenbürtig. Benachteiligungen bestehen etwa bei Einbürgerungen oder Adoptionen.
- Wie heterosexuelle Ehepaare sollen verheiratete Frauenpaare in der Schweiz Zugang zur Samenspende erhalten. Beide Mütter gelten von Geburt an als Eltern des Kindes, was das Baby und die Eltern rechtlich absichert. Entscheidend für das Kindeswohl ist die Liebe der Eltern, nicht deren Geschlecht.
- In Ländern, in denen die Ehe für alle eingeführt wurde, sank unter den Betroffenen die Selbstmordrate, und Vorurteile nahmen ab.



«Die Schweiz ist das zweitletzte westeuropäische Land, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare noch nicht ermöglicht hat. Es ist höchste Zeit! Denn es ist genug Ehe für alle da!»

TAMARA FUNICELLO, NATIONALRÄTIN, BE

STAND PUNKT



Mustafa Atici,
Nationalrat BS,
Präsident SP Migrant:innen

Undemokratische Stimmrechtsverteilung

Die demografische Entwicklung unseres Landes beschäftigt mich. Künftig werden in einigen Städten Personen ohne Wahl- und Stimmrecht die Mehrheit bilden. Schon heute ist das in Kreuzlingen der Fall. Dort entscheidet eine knappe Minderheit über politische Anliegen. Damit diese antidemokratische Entwicklung nicht zur Norm wird, wurden in den letzten 20 Jahren mit Unterstützung der SP in vielen Kantonen und Gemeinden Initiativen für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer:innen eingereicht.

Nächstes Jahr wird auch in Basel darüber abgestimmt. Unsere parlamentarische Initiative fordert, dass Einwohner:innen ohne Schweizer Bürgerrecht spätestens nach fünf Jahren mit Wohnsitz in der Schweiz die vollen politischen Rechte in kommunalen Angelegenheiten erhalten.

Wir sind stolz auf unsere Demokratie. Doch andere Länder weiteten die politischen Rechte lange vor uns aus, beispielsweise für Frauen. Und die Europäische Union führte mit dem Vertrag von Maastricht auf kommunaler Ebene für alle Unionsbürger:innen die vollen politischen Rechte ein.

In der Schweiz haben 605 Gemeinden in sieben Kantonen das Stimm- und Wahlrecht für Mitbürger:innen ohne Schweizer Pass eingeführt, einige Kantone auch auf kantonaler Ebene. Wo das Stimmrecht für alle besteht, zeigt sich: Partizipationsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte auf kommunaler Ebene tragen zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Aus Gründen der Rechtsgleichheit sollten diese politischen Rechte auch in den übrigen 1590 Gemeinden zum Tragen kommen, ohne Verwirrung beim Umzug in eine andere Gemeinde oder einen anderen Kanton. Die Wohnsitzfrist von fünf Jahren, die in den Kantonen Freiburg und Neuenburg gilt, hat sich bewährt. Sie beginnt jedoch in allen Kantonen, die das Stimm- und Wahlrecht für Zugezogene kennen, bei einem Wohnortswechsel neu, was den heutigen Mobilitätsbedürfnissen entgegensteht.

Wer von einer Entscheidung betroffen ist, soll an dieser Entscheidung auch teilhaben können: Das ist unsere Grundüberzeugung. Deshalb haben die SP Migrant:innen eine Petition lanciert. Danke, dass Ihr hier dafür unterschreibt:

stimmrecht.fueralle.ch

Hände weg von den Frauenrenten!

MIT DER AHV21 DIE FRAUEN SCHLECHTERSTELLEN? SICHER NICHT! AM 18. SEPTEMBER DEMONSTRIEREN WIR DARUM ALLE GEMEINSAM IN BERN – KOMMT ZAHLREICH!

Frauen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, ohne auf familienergänzende Betreuung zurückgreifen zu können, unzählige Stunden unbezahlter Care-Arbeit leisten, in schlecht bezahlten Teilzeitjobs arbeiten oder nach einer Scheidung wenig berufliche Perspektive haben: Ihnen allen gebührt Anerkennung. Das gilt für die Generation meiner Mutter, das gilt für die vorangegangenen Generationen und für alle Generationen, die noch kommen mögen.

Die AHV anerkennt dies zumindest zu einem kleinen Teil über das tiefere Rentenalter 64. Doch wie lange noch? Das nationale Parlament möchte das Frauenrentenalter erhöhen. Einmal mehr sind Frauen die ersten Opfer der asozialen Abbaupolitik. So, wie auch Kantone mit ihren Sparpaketen als Erstes im Care-Sektor sparen. Einmal mehr wird unbezahlte Care-Arbeit zu wenig mitgedacht. Einmal mehr wird Vereinbarkeit von Familie und Beruf als umgesetzt betrachtet.

In der neuen AHV21 läuft aus feministischer Sicht vieles falsch. Die Gleichstellung wird als gegeben betrachtet, und wenn es in der Realität nicht funktioniert, handelt es sich um das individuelle Versagen von Frauen – nach gut liberaler Tradition. Dem müssen wir eine feministische Politik entgegenstellen: den Ausbau der AHV sowie Massnah-



Virginia Köppli,
Geschäftsführung SP Frauen*

men zur Bekämpfung des Gender-Pay-Gaps. Darunter verstehen wir mehr Lohngleichheit, eine systematische Erhöhung der Löhne im Care-Bereich, unentgeltliche familienergänzende Betreuungsangebote und eine Elternzeit.

Die vorliegende AHV-Revision bezahlen die Frauen, wenn wir uns nicht wehren. Dabei wäre es nicht nötig, Finanzierungsprobleme auf Kosten der Frauen zu «lösen»: Sie liessen sich beispielsweise auch mit einer Dividendenbesteuerung angehen.

Wo Gleichstellung draufsteht, ist nicht immer Gleichstellung drin

Die Bürgerlichen behaupten oft, die Erhöhung des Rentenalters sei ein Akt der Gleichstellung. Doch die Politik der Bürgerlichen hat nichts

mit Gleichstellung zu tun: Bei der Diskussion der AHV-Revision im Parlament ignorierten sie den Gender-Pension-Gap völlig. Stattdessen verschlechterten sie die Situation der Frauen und verwässern Lösungsansätze bei der Bekämpfung der Ursachen, etwa bei der Lohn-Ungleichheit. So wurde die parlamentarische Debatte über den Rentenabbau denn auch im Eiltempo durchgezogen, trotz vielen kritischen Stimmen aus der Bevölkerung und einem Appell von Frauenstreikkomitees und Gewerkschaften, die innert kürzester Zeit über 300 000 Unterschriften gegen eine Erhöhung des Rentenalters zusammenbrachten.

Am 18. September, vor der Schlussabstimmung zur AHV-Revision im Parlament, demonstrieren wir darum in Bern. Kommt zahlreich! Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters.

Als Tochter, Feministin und junge Frau werde ich am 18. September auf die Strasse gehen. Es kann nicht sein, dass unseren Müttern einmal mehr jener Respekt verwehrt wird, für den sie ihr ganzes Leben lang gekämpft haben. Es kann nicht sein, dass sich die Rentensituation für zukünftige Generationen verschlechtert. Zeigen wir feministische Solidarität und kämpfen gemeinsam für ein gerechteres, soziales Rentensystem und gegen den Abbau! Hände weg von den Frauenrenten!

WIR LAUFEN GEMEINSAM!

Gemeinsam sind wir stark:
Alle Demonstrant:innen der SP Frauen, der SP Migrant:innen und der SP 60+ treffen sich am 18. September um 13.15 Uhr auf der Schützenmatte, Ecke Lorrainebrücke/Hodlerstrasse. Halte Ausschau nach unseren Fahnen!



GEMEINDEABSTIMMUNG VOM 26. SEPTEMBER 2021

Gemeindeinitiative «Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen»

AM 26. SEPTEMBER GEHT EIN LANGER WEG ZU ENDE. DIE STIMMBEVÖLKERUNG DER GEMEINDE MURI B. BERN ENTSCHIEDET ÜBER DIE GEMEINDEINITIATIVE «BEZAHLBARES WOHNEN IN MURI-GÜMLIGEN», DIE IM JAHR 2019 VON DER SP UND DEN GRÜNEN EINGEREICHT WURDE. BEI GRÖSSEREN ÜBERBAUUNGEN – WENN CIRCA 40 NEUE WOHNUNGEN IN EINEM ZUSAMMENHÄNGENDEN AREAL ENTSTEHEN – SOLL MINDESTENS EIN FÜNFTEL DAVON «PREISGÜNSTIG» IM SINNE DER WOHNRAUMFÖRDERUNGSVERORDNUNG DES BUNDES SEIN.

Dass wir es bis zur Abstimmung geschafft haben, verdanke ich insbesondere zwei Personen: Im Frühling 2018, am Parteitag der SP Region Bern-Mittelland, motivierten mich Jürg Sollberger vom Regionalverband Bern-Solothurn der gemeinnützigen Wohnbauträger und Tanja Bauer mit ihrem Erlebnisbericht über das gleiche Anliegen in Köniz entscheidend dazu, im stockbürgerlichen Muri b. Bern eine Gemeindeinitiative für bezahlbares Wohnen zu lancieren. Zu Beginn wurden wir offen belächelt. Spätestens als wir die notwendigen Unterschriften in knapp der Hälfte der Zeit zusammenhatten, war unseren Gegnern das Lachen vergangen. Wer zuletzt lacht, ist aber offen.

Die Debatte ist ideologisch geprägt, und die Meinungen sind grösstenteils schon gemacht. Die Mobilisierung des linken Lagers wird daher von entscheidender Bedeutung sein. Immerhin, Gemeinderat und Parlament befürworten – wenn auch mit knappem Mehr – unsere Initiative. Hier zeigt sich zum ersten Mal der politische Wandel, der

allmählich in Muri b. Bern sichtbar wird, nachdem die bürgerliche Dominanz bei den letzten Wahlen gebrochen wurde.

Warum es in Muri-Gümligen unbedingt mehr bezahlbaren Wohnraum braucht

Braucht es überhaupt mehr bezahlbaren Wohnraum in Muri b. Bern? Ja, unbedingt! Eine Analyse der Gemeinde hat ergeben, dass die Mieten in unserer Gemeinde im regionalen Vergleich sehr hoch sind. Alleinerziehende, junge Familien und ältere Personen haben bei einem Wohnungswechsel Mühe, etwas Bezahlbares in unserer Gemeinde zu finden. Nicht wenige verlassen deshalb Muri b. Bern. Das ist bedenklich und weckt in mir die Befürchtung, unsere Gemeinde könnte zu einem «Reichenghetto» verkommen. Mit der Initiative stellen wir sicher, dass Muri b. Bern eine für alle offene Gemeinde bleibt. Die Bürgerlichen argumentieren, unsere Initiative sei überflüssig, da auch ohne «Staatszwang» genügend preisgünstige Wohnungen entstünden. Das ist Wunschdenken. In

verschiedenen Quartieren haben vor allem Sanierungen den Wohnraum weiter verteuert. Die Tiefsteuerpolitik der Gemeinde heizt die Preise zusätzlich an. Eine Vier-Zimmer-Wohnung unter 2000 Franken ist daher nur sehr schwer zu bekommen.

Angesichts der Argumente der Bürgerlichen gegen unsere Initiative werde ich rasch emotional. Oft sind es sehr wohlhabende Personen mit grossen Eigenheimen, die unsere Initiative ablehnen. Das ist für mich unverständlich. Denn mit der Gemeindeinitiative nehmen wir niemandem etwas weg. Ich selbst lebe mit meiner Frau und unseren zwei kleinen Söhnen in einer bestehenden Wohnbaugenossenschaft im Melchenbühlquartier. Wir bezahlen für eine Vier-Zimmer-Wohnung eine Monatsmiete von gerade mal 1350 Franken. Hätten wir nicht das Glück gehabt, diese bezahlbare Wohnung zu finden, wären wir wohl aus Muri b. Bern weggezogen – worüber vielleicht einige meiner Gegner froh gewesen wären. Mit unserer Initiative wollen wir – gemeinsam mit einem überparteilichen Komitee und einer kreativen Kampagne – dafür sorgen, dass nicht allein das Portemonnaie darüber entscheidet, wer in Muri-Gümligen wohnen kann und wer nicht.

Raphaël Racine, Parlamentsmitglied Muri b. Bern, Präsident Initiativkomitee «Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen»



Das Initiativkomitee setzt auf eine kreative Kampagne. Viele Velos sind mit Wimpeln geschmückt und Balkone mit Fahnen versehen (links: Raphaël Racine, Präsident des Initiativkomitees). Mit bunten Velos wird im öffentlichen Raum ein weiterer «Teaser» für die Initiative gesetzt.

Neues Format am kantonalen SP-Parteitag in Olten

Die Geschäftsleitung der SP hat am letzten Parteitag ein neues Format eingeführt. Nach der Eröffnungsrede von Co-Präsident Hardy Jäggi gab es erstmals einen Politmarkt mit Verpflegung und Getränken. An diesen Politmarkt sollen jeweils verschiedene Gruppierungen und Komitees eingeladen werden, damit sie den SP-Mitgliedern ihre Anliegen

vorstellen und Informationsmaterial verteilen können. Dieses Format soll zu Diskussionen unter den Parteimitgliedern anregen, aber auch den Zusammenhalt innerhalb der Partei stärken.

Am ersten Politmarkt der SP Kanton Solothurn waren folgende Gruppierungen vertreten: «Thaler Komitee NEIN zur über-

rissenen 81-Millionen Luxusstrasse»; Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt; Komitee «Ehe für Alle»; JUSO, 99%-Initiative; Junge SP Region Olten, Volksinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie»; «Vertreter:innen der Pflegeinitiative».

Über Rückmeldungen zum neuen Format würden wir uns sehr freuen.



Vergewaltigungsmymen

In den vergangenen Wochen sind in den Medien verschiedene Artikel zum Urteil im Vergewaltigungsfall von vor eineinhalb Jahren in Basel erschienen. Zu reden und schreiben gab nicht in erster Linie, dass die zweite Instanz das Strafmass reduzierte, sondern die Begründung, weshalb das Gremium so entschieden hatte. Die Frau, die nach dem Ausgang im Hauseingang ihres Wohnhauses vergewaltigt wurde, habe «mit dem Feuer gespielt», da sie zuvor mit einem anderen Mann intim geworden sei. Zudem habe die Vergewaltigung nur 11 Minuten gedauert, und das Trauma sei offenbar nicht so gross, da sich das Opfer nicht in Therapie befinde. Nur zur Erinnerung: Wir befinden uns im Jahr 2021. Und noch immer halten sich uralte Vergewaltigungsmymen in der Gesellschaft. Viel schlimmer ist aber, dass sogar ein Richter:innengremium sich diesen Mythen nicht entziehen kann oder will und mit dieser Begründung des Urteils das Ganze noch zementiert.

Es ist also offenbar in vielen Köpfen nach wie vor so, dass es die Opfer selbst in der Hand haben, ob sie vergewaltigt werden oder nicht. Wir werden die Dunkelziffer bei sexuellen Gewaltverbrechen nie reduzieren können, wenn die Opfer immer noch damit rechnen müssen, dass ihnen die Schuld an der Gewalttat zugeschoben wird.

Völlig daneben ist auch, dass die Richter:innen offenbar wissen, wie man sich als Opfer nach einer Gewalttat zu verhalten hat. Aus der Tatsache, dass sich ein Opfer nicht in Therapie befindet, wird abgeleitet, dass es offenbar nicht so schlimm war. Es hat ja auch «nur 11 Minuten gedauert». Als ob die Länge eines Erlebnisses zwingend mit dem Grad des Traumas zusammenhängen würde. Aus meiner Sicht sind die Begründungen im höchsten Mass unprofessionell und dürften so nie von einem Richter:innengremium genannt werden. Das Gan-

MEIN STANDPUNKT

Nadine Vögeli,
Co-Parteipräsidentin
SP Kanton Solothurn

ze im Nachhinein als «missglückte Kommunikation» schönreden zu wollen, macht die Sache nicht besser. Vergewaltigungsmymen halten sich in der Gesellschaft hartnäckig. Wenn sich aber nicht mal Richter:innen kritisch damit auseinandersetzen, kommen wir bei diesen Themen nie weiter.



Bezahlbare Massnahmen für mehr Klimaschutz

DIE EXTREMEN WETTERSITUATIONEN IM SOMMER 2021 FÜHREN UNS IN ALLER DEUTLICHKEIT VOR AUGEN, DASS SICH DAS KLIMA RASANT VERÄNDERT. WIE DIE WISSENSCHAFT BEREITS VOR 50 JAHREN VORAUSSAGTE, BEWIRKEN DIE SEIT DER INDUSTRIALISIERUNG AUSGESTOSSENEN TREIBHAUSGASE NEBEN DEM ABSCHMELZEN VON GLETSCHERN UND EISSCHILDEN VERMEHRT STÜRME, TROCKENHEITSPERIODEN UND ÜBERSCHWEMMUNGEN.

Gemäss Umfragen befürwortet eine deutliche Mehrheit der Berner Bevölkerung Massnahmen zum Schutz unserer Umwelt und zur Verminderung der Klimaerwärmung. Dennoch steht die Schweiz nach der verlorenen Abstimmung vom 13. Juni 2021 ohne griffiges CO₂-Gesetz da, und der Kanton Bern hat nach dem Nein vom 19. Februar 2019 immer noch kein zeitgemässes Energiegesetz. Nun bietet sich die Chance für eine Trendwende: Am 26. September stimmen wir im Kanton Bern über die Einführung eines Klimaschutzartikels in der Kantonsverfassung ab. Die SP empfiehlt überzeugt ein Ja! Wir müssen dem Klimaschutz die richtige Bedeutung zumessen und ihm den gebührenden Platz in der Kantonsverfassung gewähren.

Ein klares Ja zum Klimaschutzartikel wird uns alle dazu verpflichten, gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen, die den Kanton Bern bis 2050 klimaneutral machen.

Für die SP ist klar, dass die daraus folgenden Massnahmen sozialverträglich sein müssen. Die Ablehnung des eidgenössischen CO₂-Gesetzes hat gezeigt, dass gerade Menschen mit kleinem Einkommen zusätzliche Kosten fürchten. Dem müssen wir stärker Rechnung

tragen. Wenn beispielsweise der Kanton das Autofahren verteuert, dann muss im Gegenzug der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Der Kanton Bern braucht somit eine ÖV-Offensive, insbesondere in den ländlichen Regionen und in den Agglomerationen, damit die Menschen eine umweltschonende Alternative erhalten. Oder wenn Öl-Heizungen verboten werden, dann muss der Kanton erneuerbare Energien zusätzlich subventionieren und den Ausbau der Fernwärmenetze vorantreiben. So werden die Massnahmen für mehr Klimaschutz bezahlbar und damit auch mehrheitsfähig.

Ein ganz aktuelles Beispiel für die Umweltpolitik der SP ist ein überparteilicher Vorstoss von Christian Bachmann und mir, der in der vergangenen Sommersession im Grossen Rat klar überwiesen wurde. Er fordert, dass bei Neubauten und Dachsanierungen alle geeigneten Dachflächen mit Solarenergieanlagen ausgerüstet werden müssen. SP-Umweltpolitik bedeutet konkrete Lösungen für bestehende Herausforderungen: Obschon die Technik ausgereift ist, Solarenergieanlagen subventioniert werden und die Mehrkosten gegenüber konventionellen Dächern mittlerweile kaum mehr ins Gewicht fallen, braucht es eine ent-

sprechende Vorschrift. Nur so werden solche Anlagen in genügend grosser Anzahl gebaut und schaffen wir die Energiewende. Dank der deutlichen Annahme im Grossen Rat und den Bemühungen unseres Energie- und Umweltdirektors Christoph Ammann wird diese Vorschrift sicher in die nächste Energiegesetzrevision einfließen.

Nicht durchdachter Klimaschutz zu Lasten der Armen und Schwächeren führt zu sozialen Konflikten. Moralische Appelle und eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe alleine reichen nicht aus. Es braucht vielmehr sozialverträgliche Massnahmen und die Förderung von bezahlbaren Alternativen. Dann finden sich auch wieder Mehrheiten für mehr Klimaschutz. Als Grundlage dafür braucht es aber unbedingt eine deutliche Annahme des Klimaschutzartikels am 26. September.

Ueli Egger, Co-Präsident SP Kanton Bern und Grossrat, Hünibach

«Der Kanton Bern braucht eine ÖV-Offensive, insbesondere in den ländlichen Regionen und in den Agglomerationen.»

Stadt gegen Land? Von wegen!



Anja Meier (23) ist Kantonsrätin aus Willisau.

Seit kurzem bewirtschaftet die SVP ein neues Feindbild: Die Stadtbevölkerung, bestehend aus «Luxus-Linken», die den Menschen im Land vorschreiben, wie sie denken und leben sollten. Das idealisierte Bild eines landwirtschaftlichen Bergvolkes, das die «echte» Schweiz ausmacht, ist schlichtweg falsch. Die

Schweiz ist städtischer, als es die SVP wahrhaben will. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt oder arbeitet in den Städten und der Agglo. Enge Verflechtungen zwischen Stadt und Land prägen uns, sei es bei der Arbeit, im Freundes- und Familienkreis oder im Freizeitverhalten. Von den diversen Transferzahlungen – etwa in den Bereichen Infrastruktur oder Landwirtschaft – profitieren insbesondere die ländlichen Regionen. Und bei Abstimmungen hat mal die Stadt, mal das Land die Oberhand.

Die polemischen Brandreden der SVP entpuppen sich nicht nur als falsch: Nein, sie bezwecken allein die politische Spaltung. Progressive gesellschaftliche Entwicklungen, die ihren Ursprung zumeist in der Stadt haben, werden als arrogant und unschweizerisch verunglimpft. Nicht ausklammern lassen sich jedoch die unterschiedlichen politischen Mehrheitsverhältnisse, auch im Kanton Luzern. Die Landbevölkerung per se als «hinterwäldlerisch» zu betiteln, greift jedoch ebenfalls zu kurz. Erstens gibt es auf der Luzerner Landschaft viele und zunehmend mehr Menschen, die sich für eine soziale und nachhaltige Politik engagieren, auch bei der SP.

Zweitens führen die unterschiedlichen Lebensrealitäten legitimerweise zu anderen Bedürfnissen, etwa bei der Mobilität. Auch die kantonale Politik kann und muss hier dazu beitragen, dass sich der politische Graben nicht vergrössert. Die Landschaft braucht einen gesicherten Service Public in geeigneter Form. Die Menschen sind auf Bildungsmöglichkeiten, den öV oder Betreuungsdienstleistungen angewiesen. Ebenso braucht es nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten, die der Landbevölkerung wirtschaftliche Perspektiven bieten. Im Kanton Luzern kommt erschwerend hinzu, dass sich der Kantonshauptort geografisch nicht im Zentrum befindet, weswegen infrastrukturell gut ausgestattete Regionalzentren unabdingbar sind. Ganz zu schweigen von der Wichtigkeit der medizinischen Grundversorgung: Die von der Luzerner Regierung ins Spiel gebrachte Einschränkung der Medizin und Chirurgie am Spital Wolhusen würde diese Grundversorgung sowie deren Erreichbarkeit für viele Menschen massiv verschlechtern. Dass der Stadt-Land-Graben in der Schweiz nicht so tief ist wie anderswo, verdanken wir insbesondere einem starken Service Public, für den sich die SP stets eingesetzt hat. Gleichzeitig ist unbestritten, dass die grossen Fragen unserer Zeit – die soziale Ungleichheit oder der Klimawandel – uns alle angehen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land zuhause. Es braucht ein Zusammenspannen sämtlicher fortschrittlichen Kräfte, um die besten Antworten für alle statt für wenige zu finden.



«Wir sind
als Gesellschaft
gefordert
hinzuschauen»

GROSSTADTRÄTIN MARIA PILOTTO (35) HAT EINEN VORSTOSS MIT DEM TITEL «FÜR EIN LUZERN OHNE GEWALT – GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS, HOMO- UND TRANSFEINDLICHKEIT» EINGEREICHT. Interview: Sebastian Dissler

Liebe Maria, um was geht es bei deinem Vorstoss?

Studien und Umfragen zeigen immer wieder, dass mehr Menschen im öffentlichen Raum physische oder psychische Gewalterfahrungen machen, als die Polizeistatistiken auch tatsächlich abbilden. Auch wenn es zu keinem Verfahren kommt, sind die Erlebnisse trotzdem gravierend und auch traumatisierend. Mit einem an Zürich angelehnten Online-Tool unter dem Titel «Luzern schaut hin» gibt die Stadt diesen Erfahrungen Raum und informiert Betroffene niederschwellig über mögliche Schritte. Zudem soll der Aufbau des Tools mit Weiterbildungen begleitet werden, um Fachpersonen der Verwaltung und weiterer Institutionen zu sensibilisieren.

Heute können Opfer von Gewalt Strafanzeige bei der Polizei einreichen. Wieso braucht es zusätzlich eine Online-Plattform?

Das Image der Polizei beispielsweise im Falle von sexueller Belästigung auf der Strasse ist gerade bei jungen Frauen nicht gut. Dies zeigen meine Erfahrungen aus der Frauen*streik-Bewegung. Auch besteht das Bedürfnis, genauer zu wissen, was bei einer Anzeige passiert oder welche Chancen man hat. Mit der Online-Plattform sollen diese Informationen niederschwelliger werden. Die gesamte Projektumsetzung sollte wie in Zürich breit abgestützt sein, damit beispielsweise auch Kultur- oder Gastronomiebetriebe Teil

von «Luzern schaut hin» werden und sich für mehr Sicherheit einsetzen.

Wie schätzt du generell die Situation betreffend Gewalt und Belästigungen in der Stadt Luzern ein?

Die Stadt Luzern möchte laut Gemeindestrategie eine sichere und saubere Stadt sein und setzt darauf, dass sich die Bevölkerung auch tatsächlich sicher fühlt. Konkrete Zahlen haben wir wenige, jedoch stellen wir bei Bewegungen wie #aufschrei fest, dass viele Menschen im persönlichen Umfeld Erfahrungen mit Sexismus, Homo- oder Transfeindlichkeit haben. Es braucht jetzt eine Plattform, die diese Erlebnisse sichtbar macht und den Leuten niederschwellig hilft. Betroffene sind nicht allein damit und wir sind als Gesellschaft gefordert hinzuschauen. Das trägt auch dazu bei, billige Schuldzuschreibungen an die Opfer abzubauen.

Maria Pilotto arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Verantwortliche Nachhaltigkeit bei der Hochschule Luzern. Sie ist auch bei den SP Frauen* Kanton Luzern und beim Kollektiv des Frauen*streiks engagiert.

«Es braucht eine Plattform, die diese Erlebnisse sichtbar macht.»



Afghanistan geht uns alle an

NACH DEM RÜCKZUG DER AUSLÄNDISCHEN TRUPPEN AUS AFGHANISTAN WERDEN DORT DIE MENSCHENRECHTE BUCHSTÄBLICH MIT FÜSSEN GETRETEN. DIE SCHWEIZ KANN UND SOLL MEHR TUN!

Einen Tag nachdem die Taliban auch Kabul eingenommen hatten, habe ich fünf junge Frauen getroffen, die aus dem Iran, aus Syrien und dem Irak geflohen sind. Sie haben mir davon erzählt, wie sie in die Schweiz gekommen sind. Wie sie sich danach sehnen, in Sicherheit zu leben und arbeiten zu können. Wie sie Deutsch gelernt haben und sich freiwillig engagieren. Und wie sie, allen Hindernissen zum Trotz, hartnäckig ihre Lebensträume verfolgen. Einmal mehr wurde mir bewusst: Was mich von ihnen unterscheidet, ist das Glück, in einem der sichersten Länder der Welt geboren zu sein. Ich hätte ebenso gut auch eine der geflüchteten Frauen sein können. Wir könnten heute ebenso gut nicht auf unserem Sofa in der Stube sitzen. Sondern in einem Keller in Kabul. Nur der Zufall der Geburtslotterie hat anders entschieden.

Ich hatte in den vergangenen Wochen viel Kontakt mit Menschen, die weniger Glück hatten als ich. Afghan:innen in der Schweiz, die aus Angst um ihre Eltern und Geschwister nicht mehr schlafen können. Die täglich in Sorge sind, ob die unverheiratete Schwester am nächsten Tag das Telefon noch abnimmt oder ob sie entführt worden ist. Geflüchtete, die mir erzählen, dass die Taliban schon mehrfach Drohzettel an den Türen ihrer Eltern hinterlas-



Mattea Meyer, Nationalrätin und Co-Präsidentin der SP Schweiz

sen haben, weil sie den Vater abholen wollten.

Was tun?

Diese Nachrichten und Bilder von verzweifelten Menschen aus Afghanistan machen tief betroffen. In dieser dramatischen Situation stellt sich die Frage: Was kann die Schweiz tun?

Geht es nach dem Bundesrat, soll sich das unmittelbare Engagement der Schweiz darauf beschränken, die Schweizer:innen vor Ort sowie das lokale Deza-Personal und zugehörige Familien zu evakuieren. Das ist ihm zur grossen Erleichterung aller gelungen.

Mehr will der Bundesrat nicht tun. Diese Abwehrhaltung hat leider System: Das Departement der zu-

ständigen Bundesrätin Karin Keller-Suter war bis vor drei Wochen bereit, Geflüchtete nach Kabul zurückzuschicken. Obwohl die Lage schon damals dramatisch war.

Die offizielle Schweiz: Tatenlos statt tatkräftig

Die erneute Tatenlosigkeit macht fassungslos. Niemand behauptet, weitere Evakuierungen seien einfach machbar. Im Gegenteil: Die Lage ist unübersichtlich, unsicher, gefährlich. Aber wir können vom Bundesrat erwarten, dass er das Mögliche versucht, im Verbund mit anderen Staaten weitere gefährdete Menschen zu retten.

Doch der Bundesrat ist nicht einmal bereit, dort zu handeln, wo er ganz alleine entscheiden kann: Bei Afghan:innen, die bereits in der Schweiz leben. Er könnte von sich aus abgewiesenen Geflüchteten, die in Notunterkünften leben, ein Aufenthaltsrecht erteilen. Er könnte den hier lebenden Asylsuchenden unverzüglich einen sicheren Aufenthaltsstatus mit einer Perspektive ermöglichen und versuchen, humanitäre Visa für ihre Familienangehörigen auszustellen. Er könnte dem Flüchtlingshilfswerk der UNO garantieren, im Rahmen von Resettlement-Programmen besonders verletzlichen Geflüchteten Zuflucht zu bieten. Er könnte Kredite für humanitäre Hilfe vor Ort aufstocken.

Stattdessen tut man einfach nichts. Dafür fehlt mir das Verständnis.

VIELE UNTERSCHRIFTEN

Die Nachrichten und Bilder aus Afghanistan machen uns tief betroffen. Das zeigt die rekordhohe Anzahl an Unterschriften, die wir innert Kürze gesammelt haben – als Aufforderung an den Bundesrat, 10 000 Menschen aus Afghanistan Zuflucht zu bieten. Bis Redaktionsschluss unterzeichneten 47 000 Leute die Petition. Die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Suter zeigte sich jedoch bislang unbeeindruckt.



Du kannst immer noch unterschreiben:
→ afghanistan-appell.ch

#SPimAUFBRUCH: Parteitag zu umfassender Strukturref

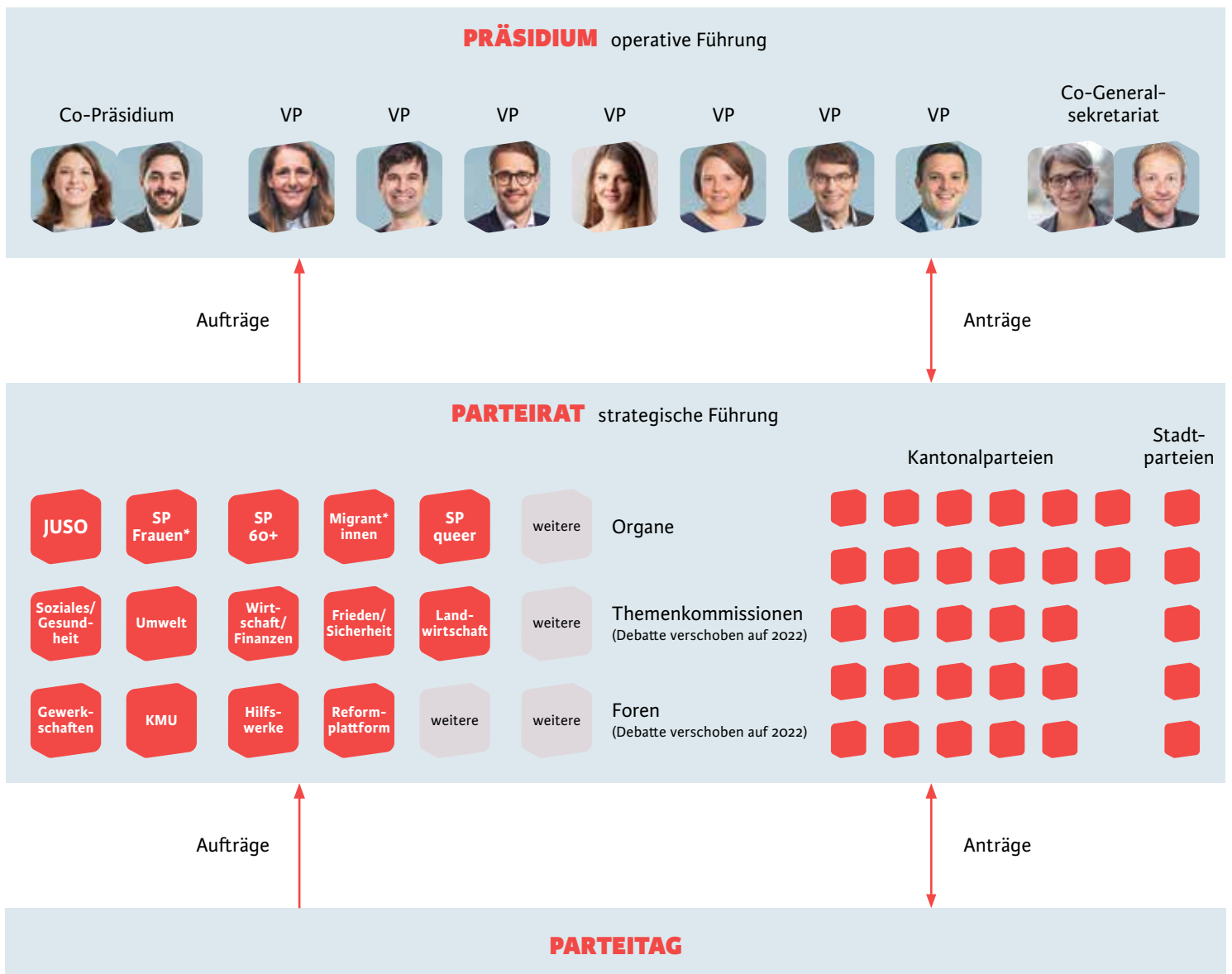
Letzten Herbst wählten wir ein neues Parteipräsidium. Eines der ersten grossen Projekte der neuen Leitung bestand darin, die Strukturen der SP Schweiz umfassend neu zu gestalten und auf die Höhe der Zeit zu bringen. Die Mitbestimmung der Parteibasis sollte gestärkt, die Kantonalparteien, thematischen Gruppen und parteiinternen Strömungen besser verankert und miteinander vernetzt werden, und die einzelnen Mitglieder sollten sich besser einbringen können. Damit, so die Über-

Von Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin, und Claudio Marti, rechts-politischer Fachsekretär der SP Schweiz, die im Zentralsekretariat die Strukturreform betreuen.

zeugung des Präsidiums, sollte die SP zum spannendsten Ort werden, an dem gemeinsam Antworten auf die drängenden Fragen der Zukunft entwickelt werden.

Die Parteileitung prüfte seither mehrere Varianten und unterbreitete Ende März 2021 ihren Vorschlag zur Diskussion und späteren Beschlussfassung am Parteitag von Ende August 2021: Neu soll ein Parteirat geschaffen werden, um die Kantonalparteien, Organe und weiteren parteiinternen Gruppierungen

direkt in die politischen Diskussionen auf nationaler Ebene einzubeziehen. Dieser Parteirat soll sowohl die Delegiertenversammlung als auch Geschäftsleitung und Koordinationskonferenz ersetzen. Die thematische Vernetzung soll sich verbessern, indem Themenkommissionen, Foren und Arbeitsgruppen neu aufgestellt beziehungsweise neu geschaffen und in den Statuten verankert werden. Und schliesslich soll ein neues Parteiorgan «SP queer» entstehen, wo sich queere Men-



VP: Vizepräsidentin oder Vizepräsident. Der Parteirat umfasst ca. 75 Personen, der Parteitag ca. 1100 Personen.

sagt deutlich Ja orm

schen organisieren und ihre Anliegen diskutieren können.

40 oder 50 Prozent?

Das Echo war grösstenteils positiv: Die Rückmeldungen aus der Parteibasis unterstützten die Stossrichtung der Strukturreform im Grundsatz fast einhellig. Am kontroversesten diskutiert wurde die Sitzverteilung im neu zu schaffenden Parteirat, die Anzahl Sitzungen des Gremiums und die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Parteirat und Parteitag.

Auch während der zweiten Antragsfrist gingen zahlreiche Anträge ein. Über 70 wurden bis zum Parteitag aufrechterhalten. In einer mehrstündigen, äusserst engagiert geführten Diskussion unterstützten die Parteitagsdelegierten die Grundpfeiler der Strukturreform sehr deutlich. Ein Antrag für die Beibehaltung der Delegiertenversammlung wurde schliesslich gar zurückgezogen.

Am intensivsten wurde über die Einführung einer Vertretung von mindestens 50 Prozent Frauen in den Parteigremien, Kommissionen (und auf Wahllisten) diskutiert. Entsprechende Anträge wurden knapp abgelehnt und damit die bisherige Regelung in den Statuten belassen. In der neuen Formulierung heisst es nun, dass statt «beide Geschlechter» neu «Frauen und Männer» in Parteigremien und Kommissionen zu je mindestens 40 Prozent vertreten sein sollten, womit auch andere Geschlechter zu ihrem Recht kommen. Um die Diversität in den Parteigremien sicherzustellen und eine angemessene Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen zu garantieren (in Sachen Geschlecht, Migrationshintergrund, Behinderung, sozialer Herkunft, Alter usw.), hat die Parteileitung eine umformulierte Version des entsprechenden Artikels vorgelegt, die auf die Nennung

einzelner Gruppierungen verzichtet, um nicht neue Ausgrenzungen zu produzieren. Diese Formulierung fand dann die Zustimmung einer Mehrheit der Delegierten.

Vier Mal oder mehr?

Kontrovers diskutiert wurden auch die Anzahl Sitzungen des Parteirats und die Frage, ob dieser grundsätzlich öffentlich oder unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen soll: Die Parteitagsdelegierten entschieden sich für mindestens vier Sitzungen pro Jahr und entgegen dem Vorschlag der Geschäftsleitung für grundsätzlich öffentliche Parteiratssitzungen. Und schliesslich entschied der Parteitag mit bloss einer Stimme Unterschied, dass künftig der Parteirat – und nicht wie beantragt der Parteitag – einen Vorschlag zur Nomination der Bundesratskandidat:innen zu Händen der Fraktion beschliessen soll.

Die Behandlung der weiteren Anträge zu Vorgaben bei der Zusammensetzung des Parteipräsidiums sowie die formelle Verankerung von Themenkommissionen, Foren und Arbeitsgruppen in den Statuten der SP Schweiz mussten aus Zeitgründen auf den Parteitag vom Februar 2022 verschoben werden. In der Gesamtabstimmung wurde die bereinigte Statutenrevision schliesslich sehr deutlich angenommen. Damit kann der Startschuss für die neu aufgestellten Strukturen auf Anfang 2022 erfolgen. Am 5. Februar 2022 findet der nächste Parteitag statt, an dem dann beispielsweise die freigewählten Mitglieder des Parteirats gewählt werden. Der Parteirat wird seine Arbeit im März 2022 aufnehmen.

Wir möchten uns an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Beteiligten für die intensive, gehaltvolle und engagierte Diskussion zu dieser Strukturreform bedanken.

Danke, Barbara! Herzlich willkommen, David!



Barbara Gysi wurde zeitgleich mit mir in den Nationalrat gewählt, zumindest fast. Sie durfte nämlich zu Beginn der Legislatur 2011–2015 nach wenigen Tagen für Paul Rechsteiner nachrücken, der den Sprung in den Ständerat schaffte. Danach sassen wir vier Jahre zusammen in der Finanzkommission.

Schnell wurde mir klar, was Barbara auszeichnet: Grosse Präzision, eine enorme Leistungsbereitschaft für die Partei, eine Gabe, auch die versteckten Dinge zu finden, und sehr viel menschliches Gespür. Genau so hat sie ab 2012 auch ihr Amt als Vize-Präsidentin der SP Schweiz ausgeführt. Kaum jemand hat derart viele Aufgaben wahrgenommen, die nicht immer direkt ins Scheinwerferlicht führten, die aber für das Funktionieren der Partei unerlässlich sind. Dazu gehört beispielsweise das Präsidium der Vorsorgekommission der SP Schweiz. Mattea und ich sind sehr dankbar, dass Barbara bereit war, im Übergang zur neuen Präsidentschaft die Kontinuität zu gewährleisten. Und wir freuen uns auf die anstehenden, gemeinsamen Kämpfe – von der Verteidigung unserer Altersvorsorge bis zum Einsatz für die Prämien-Entlastungs-Initiative!



Mit David Roth rückt für die Gewerkschafterin Barbara Gysi ebenfalls ein Gewerkschafter ins Vize-Präsidium der SP Schweiz nach. Als Zentralsekretär der Gewerkschaft Syndicom kämpft er gerade in der Pandemie für gute Arbeitsbedingungen in der Logistik. Als ehemaliger Präsident der JUSO

Schweiz ist es für David sogar eine Rückkehr, er nimmt bereits zum zweiten Mal Einsitz im Vize-Präsidium. David kennt die Parteiarbeit von der Pike auf. Er hat sich lange politisch in der Stadt Luzern engagiert, sitzt seit zehn Jahren im Kantonsparlament und präsidiert seit 2015 die Kantonalpartei. Unter der Führung von David und seinem Team eilt die SP Luzern von Erfolg zu Erfolg und wächst stetig. Mit David Roth setzt die SP Schweiz ein klares Zeichen, dass für uns der gewerkschaftliche Einsatz und die Bewegungsarbeit ausserhalb des Parlaments im Zentrum stehen.



Mit Rebecca im Resten-Himmel

REGELMÄSSIG DEN KÜHLSCHRANK LEERKOCHEN LOHNT SICH, DENN DIE MEISTEN ESSENSABFÄLLE FALLEN IN DER EIGENEN KÜCHE AN. REBECCA MOSER AUS AARAU ZEIGT MIT IHREM CATERING UND IHREN SPANNENDEN GERICHTEN, WIE DAS GEHT.

Pia Wildberger

Rebecca Moser ist die Ruhe selbst. Dass sie zwei Stunden nach unserem Besuch 25 Gästen einen Dreigänger mit Lasagne auftischen wird, ist ihr nicht anzumerken. Stattdessen erklärt sie mit Schalk in den Augen in ihrer Küche im Aarauer Schachen ihr Koch-Konzept, das sie seit 20 Jahren in die Tat umsetzt, zunächst in Restaurants der Altstadt, heute in der Schwanbar und mit ihrem Catering «rebeccakocht».

Rebecca kocht radikal regional. «Unser Körper ist an die Nahrungsmittel, die hier wachsen, gewöhnt» – und die gibt es in ihrer Küche in ungewohnten Kombinationen. So serviert sie beispielsweise Sellerie mit Peterli. «Ich experimentiere sehr gerne mit den unterschiedlichen Geschmäckern», sagt sie, die «im Gaumen eine Zutat nach der anderen hinzufügt.» Sie legt grössten Wert darauf, dass alles frisch ist. Auch bei den Gewürzen finden nur die besten den Weg in ihre Pfannen, Töpfe und Weck-Gläser.

Weck-Portionen zum Aufbewahren

Klimafreundlich kochen bedeutet für Rebecca Moser auch, alle Nahrungsmittel zu ver-

wenden. «Ich produziere fast keinen Abfall», sagt sie. Darum tischt sie der «links»-Redaktion auch ein Resten-Rezept auf: ein pikanter Brotgratin – überraschend und himmlisch fein gewürzt, ein Gericht mit Nachgang. Rein kommt, was der Kühlschrank hergibt. Portioniert in Weck-Gläsern und gut verschlossen, lässt sich der Auflauf auch längere Zeit im Kühlschrank aufbewahren.

In der Schwanbar, in Aarau angesagtester Sommerbar an der Aare, verwöhnt sie die Kundschaft mit Köstlichkeiten aus Weckgläsern. Wer ein Catering für den Arbeitslunch oder die Konfirmation bei ihr bestellt, kann sich auf einen Gaumenschmaus erster Güte freuen. Das hat längst auch «We love Aarau» entdeckt, die Website zur kleinen, feinen Stadt. Hier zeigt Rebecca Moser regelmässig in Video und Text, wie sich nachhaltig kochen lässt.

Und für alle, die Rebecca Mosers Küche ausprobieren möchten, ohne gleich ein Catering zu bestellen: Jeden 13. des Monats kocht sie in ihrer Küche für Gäste. Eine Anmeldung lohnt sich unter:

→ rebeccakocht.ch

Pikanter Brotgratin

Für 4 Personen

Zutaten

- 100–120 g hartes Brot
- 3 dl Milch
- 2 Eier
- 100–150 g Quark
- 2–2,5 dl Rahm
- 250–300 g Zucchini
- 100–120 g Halbhart- oder Hartkäse, gerieben
- 50–100 g Sultaninen
- Salz, Pfeffer, Chili, Sternanis

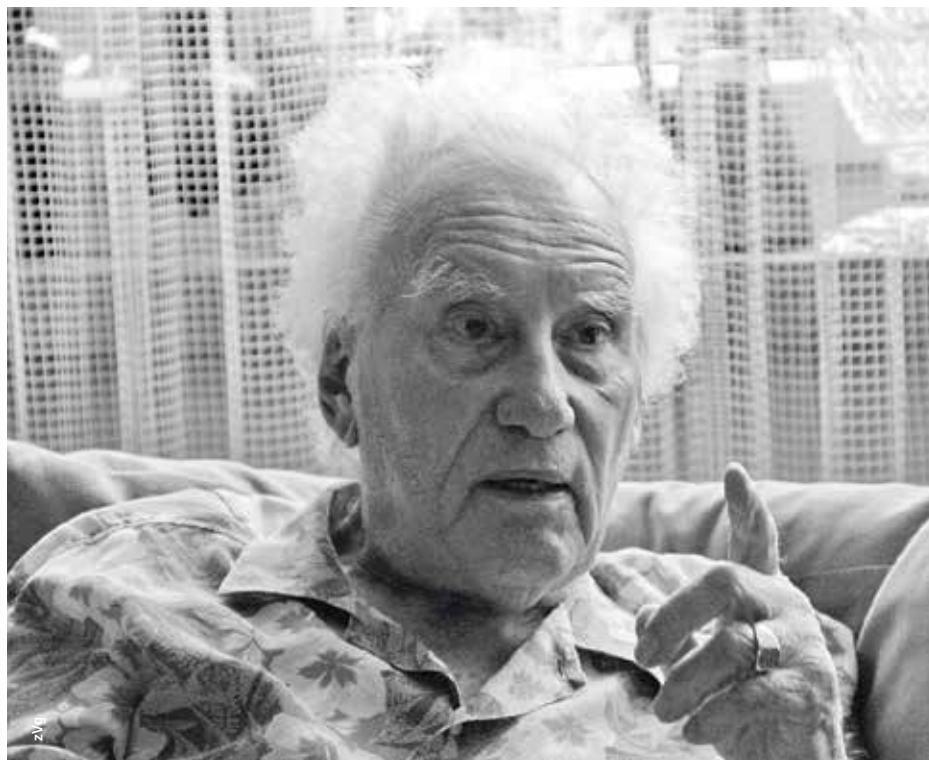
Zubereitung

- Brot in kleine Stücke schneiden, mit heisser Milch übergiessen, 15 Min. zugedeckt ziehen lassen.
- Eier, Quark und Rahm (insgesamt ca. ½ Liter) verquirlen und über das Brot giessen. Zucchini klein würfeln, den geriebenen Käse zugeben. Die Masse mit Salz, frischem Pfeffer, Chili und ½–1 frisch gemahlene Sternanis würzen.
- Sultaninen beifügen, die Masse in eine gefettete Gratinform oder Weckgläser füllen und bei 180°C 45 Min. gratinieren.

Was der Kühlschrank hergibt: Anstelle von Milch kann auch Milchwasser oder Wasser verwendet werden. Zucchetti lassen sich durch lampige Endivien, Krautstiele oder Spinat ersetzen, Quark durch Frischkäse und Sultaninen durch in Streifen geschnittene Dörraprikosen.

**DAS MENÜ
DER ZUKUNFT**

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Zum Tod von Carl Miville

Christoph Brutschin, alt Regierungsrat BS

Auf nationaler Ebene war Carl Miville – geprägt von 1400 Aktivdiensttagen – als Sicherheitspolitiker bekannt. Seine berufliche Tätigkeit als Leiter der damaligen AHV- und IV-Zweigstelle führte dazu, dass er sich intensiv auch um die sozialen Dossiers kümmerte. Zudem setzte er sich über Jahre für eine politische Stärkung der Städte ein. Noch prägender für mich war sein Wirken in der geliebten Heimatstadt Basel.

Als ich 1985 über den Quartierverein St. Alban-Breite der SP Basel-Stadt beitrug, wohnten den Veranstaltungen regelmässig 30 bis 40 Personen bei. Ein bunter, wilder Haufen. Mittdrin jemand, der äusserlich nicht so recht in die Runde passen wollte: Carl Miville, Basler Ständerat, dunkler Anzug, weisses Hemd und dezente Krawatte. Aber Carl schien sich wohlzufühlen, er setzte sich immer mitten an einen der Tische, diskutierte mit Verve, Verstand, Humor und immer daran interessiert, was vor allem die jüngeren Genossinnen und Genossen vorzubringen hatten.

Die politische Grosswetterlage stellte für ihn damals eine Herausforderung dar: 1986 reichte die GSoA die erste Armee-Abschaffungsinitiative ein. Dieses Volksbegehren war Carl ein Dorn im Auge, und die Anwesenden lieferten sich hitzige Wortgefechte. Doch nach der Sitzung ging mindestens die Hälfte der Teilnehmenden zum Bier, Carl erzählte die neuesten Anekdoten aus Bern, und alle hingen an seinen Lippen.

Für Carl war der Kontakt zu seiner Sektion von grösster Bedeutung. War während der Session eine Veranstaltung angesagt, setzte er sich am frühen Abend in den Zug und kam zu uns. Wir trafen uns damals in den ehemaligen Arbeiterhäuschen an der Schwarzwaldbrücke. Die leerstehenden Häuschen waren zwar charmant, aber auffällig. Carl redete dann mit einem Schmuzeln von konspirativen Treffen, wie während der Basler Parteispaltung. Lustig war auch Carls Angewohnheit, uns Ältere nach den Namen der jüngeren Parteimitglieder zu fragen – immer wollte er die Leute mit Namen grüssen. Bis vor kurzem liess er es sich trotz zunehmenden körperlichen Beschwerden nicht nehmen, an den legendären Weihnachtessen der Sektion St. Alban-Breite teilzunehmen und an unserer Ausgelassenheit teilzuhaben.

Nun ist Carl Miville Ende Juni kurz vor seinem 100. Geburtstag verstorben. Er wird uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Vorbild bleiben. Ein Vorbild für Tatkraft, Engagement für alle, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, ein Vorbild aber auch für Verbindlichkeit, Liebeshwürdigkeit und Freundschaft. Wir alle trauern um dich, Carl.

5 Fragen an ...



Uta Pfister

... **JÖRG PFISTER, 51, AUS WETTINGEN AG**

1. Du bist vor drei Monaten der SP beigetreten. Weshalb?

Ich wollte mich engagieren und auf lokaler Ebene mein Fachwissen als Ingenieur einbringen. Ich möchte die Dinge anpacken und etwas bewegen. Da fragte mich eine Kollegin, ob ich bei der SP mitmachen wolle. Mir war rasch klar, dass das passt. Denn mir liegt am Herzen, dass man solidarisch miteinander umgeht und die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht.

2. Wir führen das Gespräch online, während du in der Nähe von Dresden deine Mutter und die Schwiegereltern besuchst. Wirst du an den deutschen Wahlen teilnehmen?

Ich habe daran gedacht, mich für die Wahlen zu registrieren. Es ist ja überraschend spannend. Deutsche Politik interessiert mich nach wie vor, auch weil sie nahe an der europäischen Politik ist. Gewisse Teile der SP möchten gerne in die EU. Da sollte man das Umfeld kennen.

3. Wie stehst du zur EU?

Ich bin seit fünf Jahren Schweizer. Mit unserer direkten Demokratie sind wir in der Schweiz der EU einen Schritt voraus. Das möchte ich keinesfalls aufgeben.

4. Was hat dich politisiert?

Ich bin in der DDR in einem katholischen Elternhaus aufgewachsen, da wurde man früh politisiert. Ich war zum Beispiel in einer Theatergruppe. Da bestand das Ziel auch darin, wie man mit der Wahl der Stücke gerade noch am Staat vorbeikam. Das war das eigentliche Überlebensprinzip – die eigene Meinung sagen, ohne die gegebenen Grenzen zu weit zu überschreiten. Man entwickelt ein Gefühl, was auf welche Art und Weise gerade noch durchgeht.

5. Was hast du aus dieser Zeit mitgenommen?

Das Feingefühl und das Gespür – wie denkt der andere? Wie kann ich auf ihn eingehen? Aber auch Gelassenheit und Toleranz.

Betreuung und Pflege im Interesse aller

DIE ZUNEHMENDE ÖKONOMISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS MACHT UNS ALLE ZU VERLIERER:INNEN. AN DER HERBSTTAGUNG DER SP 60+ HÖREN WIR, WAS SICH DAGEGEN TUN LÄSST.

Christine Goll, Präsidentin SP60+

An der Herbstkonferenz der SP60+ vom 30. Oktober in Neuenburg steht die Gesundheitspolitik im Fokus: Was brauchen Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind? Was benötigen die pflegenden und betreuenden Berufsleute? Wir alle brauchen eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung. Und das Pflege- und Betreuungspersonal hat ein Recht auf anständige Arbeitsbedingungen und faire Löhne!

Die Pandemie hat uns drastisch vor Augen geführt, wie sehr wir auf ein funktionierendes Gesundheitswesen angewiesen sind. Doch bei der Finanzierung hapert es, wenn es um genügend Personalressourcen und die Bezahlung der Pflege- und Betreuungsarbeit geht. Und auch für gesundheitlich beeinträchtigte Menschen wird es finanziell schwierig, beispielsweise mit der Unterscheidung von Pflege- und Betreuungsleistungen. Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht uns alle zu Verlierer:innen. Referate von Ständerätin Marina Carobbio und Nationalrätin Barbara Gysi, ein Podium mit Fachleuten aus der Praxis und die politischen Forderungen der SP60+ stehen im Zentrum der Herbstkonferenz, die vier Wochen vor dem eidgenössischen Urnengang zur Pflege-Initiative stattfindet.

Programm und Anmeldung:

→ sp-ps.ch/de/herbsttagung-60plus





Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Werde SchweizerIn! – Handlungsanleitung zur Einbürgerung

D2.1.2109

7. Oktober 2021, Olten, Hotel Olten

Inhalt: Gesetzliche Grundlagen, Einbürgerungspraxis in den Kantonen, Voraussetzungen für die Einbürgerung
Referent: Luca Cirigliano (SGB)

Protokollführung

D1.8.2110

14.–15. Oktober 2021, Schwarzenberg, Hotel & Bildungszentrum Matt

Inhalt: Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls
Referentin: Milena Reis (Lehrperson GiBB)

Temporärarbeit und Rechte der Arbeitnehmenden

D2.2.2111

3. November 2021, Baden, Swiss-Belhotel du Parc
Inhalt: GAV Personalverleih, Weiterbildungsmöglichkeiten im Personalverleih, Arbeitsvermittlungsgesetz, Fallbeispiele
Referentin: Beatrice Klaus (Paritätischer Verein Personalverleih)

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten von Pensionskassen

D1.9.2102

4.–5. November 2021, Biel, Hotel City

Inhalt: Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad
Referent:innen: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Eliane Albisser (PK-Netz)

Rentenplanung für Migrant:innen, spanisch

B2.3.2103

10. November 2021, Biel, Hotel City

Inhalt: Rentenberechnung, automatischer Informationsaustausch (AIA) Schweiz–EU und seine Folgen, Antrag auf Ergänzungsleistungen, Anlaufstellen
Referentin: María Montaña Martín Búrdalo (Unia)

Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt

D2.2.2112

18. November 2021, Zürich, Geomatik und Vermessung
Inhalt: Gesetzliche Grundlagen des Arbeitsrechts, Fallbeispiele
Referent: Urs Egger (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2021

11. SEPTEMBER 2021

Kommunaltagung in Belp

18. SEPTEMBER 2021

Demonstration zur AHV21 in Bern

Um 13.15 Uhr bei der Schützenmatte

23. OKTOBER 2021

Mitgliederversammlung SP Frauen* in Lausanne

30. OKTOBER 2021

Herbstkonferenz SP 60+ in Neuenburg

6. NOVEMBER 2021

Delegiertenkonferenz der SP Migrant*innen in Bern

18. NOVEMBER 2021

Delegiertenversammlung SP 60+, Bern

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda



Wir gratulieren

Unsere Praktikantin Jil Meyer hat nach einem einjährigen Praktikum im Zentralsekretariat in Bern die Berufsmatura mit Bravour abgeschlossen und auch das Diplom als Kauffrau in der Tasche. Glücklicherweise bleibt sie dem Sekretariat in einem Teilzeitpensum «erhalten», denn sie will berufsbegleitend die Matura machen, um an der Uni Sozialwissenschaften zu studieren. Wir gratulieren dir alle ganz herzlich, liebe Jil!

Werbung

GROUPS.SWISS



GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Familien und Gruppen, Freizeit und Beruf

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

18. September 2021



**Hände weg von
unseren Renten!**

AHV21 – so nicht!